

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Bezugspreis:
Wochensatz 1 mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,60 M.; in Oesterreich 2,80 M.
Wochensatz 2 mit 2 Beilagen vierteljährlich 1,90 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,30 M.; in Oesterreich 2,50 M. — Einzel-Preis 10 Pf.
Wochensatz-Nummer: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Die Redaktion erlangender Zuschriften macht sich die Redaktion nicht verantwortlich; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Beilagen entfallen in Kassenbesprechungsbeilagen.

Anzeigen:
Anzeigen von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 12 Uhr.
Preis für die Zeitschriften 20 Pf., im Restemittel 30 Pf. für unbenutzte geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können die Verantwortlichen für die Wichtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmiedestraße 48

Nr. 30

Fernsprecher 1366

Donnerstag, den 6. Februar 1913

Fernsprecher 1366

12. Jahrg.



Solide Werke! Moderne Gehäuse. Mehrjährige Garantie. Damen- u. Herren-Ketten mit Garantie-Plombe; für gutes Tragen meiner Ketten übernehme ich 2, 4, 6, 8, 10 und 20 Jahre schriftliche Garantie. Neuheiten in allen Goldwaren. Reellste Bedienung.

Rudolf Meyer, Uhrmacher
Dresden-A., Wettinerstraße 12, im Tivoli.

„Im Interesse des konfessionellen Friedens!“

Unter dieser Überschrift hat ein „Katholik“ einen Zwickauer Blatte folgendes „Eingeladent“ geschrieben:

„In der „Sächsischen Volkszeitung“ Dresden regt man sich künstlich auf durch Artikel wie „Sächsische Intoleranz der Protestanten“ usw. Ich, selbst Katholik, muß gestehen, daß mandmal Beschwerden, meist aber nur aus Unwissenheit oder Mißverständnis hervorgehend, vorkommen können. Wer eßt mal nicht an? Jedenfalls besser wäre es, wenn die Katholiken unter sich selbst mehr Frieden hielten und sich nicht selbst gegenseitig befeindeten. Das katholische Pfarramt scheint, soweit in Erfahrung gebracht wurde, sehr auf den konfessionellen Frieden bedacht zu sein, denn wie aus dem Programm des Zwickauer katholischen Tages im Juni dieses Jahres hervorgeht, scheint es sich in keiner Weise zu beteiligen. Sollte ich auch nicht für notwendig. Bei dem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn unseres Oberbürgermeisters und der Bewohner Zwickaus werden wir Katholiken stets unser Recht erhalten.“

Will man diese Zuschrift überhaupt ernst nehmen, muß man ihrem Verfasser zunächst sagen, daß der diesjährige Katholikentag in einer Stadt veranstaltet wird, dessen Bürgermeister dem Oberbürgermeister von Zwickau an „ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn“ nicht nachstehen dürfte. Wenn trotzdem eine Zusammenkunft der sächsischen Katholiken in Zwickau geplant ist, so dämmert vielleicht auch im flüchtigen Kopfe des Zwickauer „Katholiken“ das Licht, daß die Katholikentage nicht den Zweck haben, die Herren Bürgermeister und Oberbürgermeister „ausgeprägten Gerechtigkeitsinn“ zu lehren. Eher könnte man dieses Ziel für diejenigen Katholiken annehmen, die in der Tugend der Gerechtigkeit rückständig sind.

Wie sehr der Verfasser des obigen Schreibens dazu gehört, beweist er selber dadurch, daß er der „Sächsischen Volkszeitung“ künstliche Aufregung bei ihren Artikeln über die „Toleranz in Sachsen“ andichtet, eine Behauptung, die um so fragwürdiger ist, als der Zwickauer „Katholik“ unsere „Beschwerden“ zugibt und als Motiv der Intoleranz in Sachsen — wiederum in Übereinstimmung mit uns — „meist... Unwissenheit oder Mißverständnis“ annimmt. Fragt er dann harmlos weiter: „Wer eßt mal nicht an?“, so antworten wir mit dem Hinweis auf D. Meyer-Zwickau. Der verstorbene Superintendent hat oft „mal angeeßt“ und er gehörte doch ohne Zweifel zu den Wissenden, bei denen Mißverständnisse so gut wie ausgeschlossen waren. Wie werden erst die Unwissenden — „mal aneßen“!

Was das Programm des Katholikentages angeht, so „scheint“ der Verfasser des „Eingeladent“ das selbe nicht gelesen zu haben. Es sagt von einer Beteiligung irgend eines Pfarramtes nicht das geringste. Der Schluß von einem Fernbleiben vom Katholikentage auf den konfessionellen Frieden geht von der unbewiesenen Voraussetzung aus, daß Katholikentage den konfessionellen Frieden stören. Noch liegt der Zwickauer Katholikentag im weiten Felde und schon stört er den konfessionellen Frieden! In Zwickau (1896), Dresden (1904) und Chemnitz (1910) haben Generalversammlungen, in vielen sächsischen Städten Landesversammlungen jenes Bundes stattgefunden, der fast ausschließlich gegen die „römische Kirche“ gegründet ist. Sie stören den konfessionellen Frieden nicht. Gegen den Katholikentag in Zwickau aber — allein zur Pflege der Einigkeit und Glaubensstärke unter den Katholiken der sächsischen Diaspora ins Leben gerufen — erhebt sich ein Zwickauer „Katholik“ — „im Interesse des konfessionellen Friedens!“ Den „Katholiken“ möchten wir kennen lernen!

Wir bedauern, daß er nicht zugleich mit seiner Weisheit auch seinen Namen veröffentlicht hat, wir könnten ihm sonst auf dem kommenden Katholikentage, der ihm besonders heilfam sein wird, eine Extratrachtung in Aussicht stellen für die unfreiwillige Propaganda, die er diesem Katholikentage geleistet hat. Vorläufig sei ihm dafür hiermit unser Dank ausgesprochen.

Die Katholiken Sachsens werden den Zwickauer „Katholiken“ die Antwort nicht schuldig bleiben.

Home Rule

Unter den nationalen Kämpfen, die Europa durchstoben, nimmt der jahrzehntelange erbitterte Kampf der Irländer um das Home Rule oder die Selbstverwaltung eine hervorragende und besonders interessante Stellung ein. Ob es sich dabei um einen nationalen Kampf im engeren Sinne handelt, mag dahingestellt bleiben. Eine ganz allgemein gültige Definition des Begriffes „Nation“ gibt es nicht. Bei den Franzosen ist die Nation nichts anderes als der Staat, ebenso zum Beispiel bei den Ungarn und Italienern. In Oesterreich versteht man unter „Nation“ den Volksstamm, dem man nach Geburt, Sprache und Sitte angehört und der sich durchaus nicht mit dem Staate identifiziert. Da ist also die Sprache ein wesentliches Merkmal der Nation. In diesem Sinne könnte man von einer irischen Nation nicht sprechen, da die Irländer keine eigene Sprache haben. Doch handelt es sich bei dem Streit um die Bedeutung des Wortes Nation eben nur um einen Wortstreit. Die Irländer sind durch ihre Religion, ihre Sitten und Gebräuche und eine Jahrhunderte lang dauernde Geschichte so fest aneinander gekettet, wie kaum irgend ein Volksstamm auf dem weiten Erdenrund.

Seit jeher war nun ihr Bestreben darauf gerichtet, das Home Rule zu erlangen. Die erste Bill wurde schon 1886 von Gladstone vorgelegt und gleich darauf in zweiter Lesung von Unterhause abgelehnt. Dies hatte zwar die Auflösung der Kammer zur Folge, aber die neuen Wahlen brachten den Gegnern des Home Rule eine große Mehrheit, so daß diese Bill endgültig begraben schien. Im Jahre 1893 machte Gladstone noch einmal denselben Versuch und es gelang ihm auch, mit einem Gesetzentwurf zugunsten der legislativen und administrativen Autonomie Irlands durchzudringen. Die Kammer der Lords lehnte jedoch den Vorschlag mit großer Stimmenmehrheit ab.

Seit mehr als 20 Jahren betrachtete man den Streit um Home Rule als erledigt, bis sie im Vorjahre einem Rhönig gleich von neuem auferstand. Die Gründe hierfür sind in Folgenden zu suchen: Der liberalen Partei war es absolut unmöglich, ohne Unterstützung der Labour-(Arbeits-) Partei und der nationalistischen irischen Gruppe unter der Führung John Redmonds zu regieren. Letzterer aber ist nun ein viel zu erfahrener Politiker, als daß er es nicht verstanden hätte, den Forderungen der gegenwärtigen Situation Rechnung zu tragen und sie andererseits auch auszunutzen. In Befolgung des alten Satzes: „Ich gebe, damit du gibst!“ sprach er den Liberalen die werktätige Hilfe seiner Gruppe zu, verlangte aber dafür, daß die Regierung Irland die schon oft vergeblich verlangte legislative und administrative Autonomie zuerkennt.

Vor einigen Tagen senkte sich der Vorhang über dem dritten Akte des ersten Aktes des Schauspielers, das den Titel Home Rule trägt. Das vierte Bild, die dramatische Ablehnung der Bill seitens der Kammer der Lords kannte man schon, bevor sich neuerlich der Vorhang hob, und tatsächlich ist eingetreten, was man schon immer mit Sicherheit annahm. Was wird nun folgen? Der zweite Akt dieses Schauspielers wird dem ersten gleichen und der dritte wird eine naturgetreue Reproduktion des zweiten sein; zum Schluß aber wird durch einen Parlamentsakt die ganze Sache zum berechtigten Triumph gelangen. Es ist schon heute sicher, daß trotz der dreimaligen Ablehnung seitens der Lords die Home Rule angenommen wird und der König wird dem vom Unterhause schon dreimal votierten Gesetzentwurf die Sanction erteilen müssen. Trotz der lebhaften Protestkundgebungen, die von den Gegnern der Bill überall arrangiert werden, muß diese Bill Gesetz werden.

Es ist allerdings möglich, daß durch besondere Vorfälle, wie zum Beispiel Auflösung der Kammer und dergleichen diese Gesetzgebung verzögert wird. Vorläufig sind zwei Dinge besonders hervorzuheben. Einmal die glänzenden eindrucksvollen Verhandlungen, die der dritten und endgültigen Lesung des Home Rule im Unterhause vorangegangen waren und schließlich der Begeisterungsausbruch, der folgte, als die Vorlage vom Unterhause angenommen war. Seit langer Zeit hatte man solche begeisterte Reden im englischen Parlament nicht mehr vernommen. Die Führer sämtlicher Parteien griffen in den Redekampf ein. Es sprachen Balfour gegen Asquith, Smith gegen Sir Simon usw. Die Siegespalme in diesem Wortgefechte aber errang sich nach dem übereinstimmenden allgemeinen Urteil John Redmond, der Führer der nationalistischen irischen Partei.

Die Katholiken Englands betrachten die Home Rule als ein großes nationales Ideal und es besteht kein Zweifel, daß, sobald diese Bill Gesetz wird, im politischen Leben der Katholiken Irlands eine neue Epoche des Aufschwunges eintreten wird. In diesem unentwegten Kampfe um ihr heiliges Recht können die Katholiken Irlands auch der Sympathien aller Katholiken sicher sein.

Die Balkanwirren

Der bisherige Verlauf des Balkankrieges

Die Wiederaufnahme der Kämpfe zwischen der Türkei und den Balkanstaaten läßt es aktuell erscheinen, die einzelnen Phasen des ersten Balkankrieges sich wieder in die Erinnerung zurückzurufen. Die kriegerischen Ereignisse begannen am 30. September, wo die Staaten des Balkanbundes mobilisierten. Am 1. Oktober erfolgte die Mobilisierung des türkischen Heeres. Nun gestalteten sich die Ereignisse wie folgt: 2. Okt.: Konzentration der Streitkräfte der Balkanverbündeten; 7. Okt.: Note Oesterreichs und Russlands an die Verbündeten; 8. Okt.: Montenegro eröffnet die Feindseligkeiten; 10. Okt.: Kollektivnote der Mächte an die Türkei; 13. Okt.: Note Griechenlands, Serbiens und Bulgariens an die Türkei; Einnahme von Tuzi durch die Montenegriner; 15. Okt.: Einnahme von Perana durch die Montenegriner; 17. Okt.: Kriegserklärung der Türkei an Bulgarien und Serbien; Kriegserklärung Griechenlands an die Türkei; 18. Okt.: Die Bulgaren bemächtigen sich Mustafa Paschas, die Griechen besetzen Elassona; 20. Okt.: Bulgarische Truppen fallen in das Vilajet Adrianopel ein; 21. Okt.: Die Griechen landen auf der Insel Lemnos; 22. Okt.: Einnahme von Frisklina durch die Serben; 23. Einnahme von Novibazar durch die Serben, blutige Kämpfe im Vilajet und Konstantinopel; 24. Okt.: Artillerie fällt in die Hände der Bulgaren, die Serben bemächtigen sich Kumanovas; 25. Okt.: Bombardement Adrianopels durch die Bulgaren; 26. Okt.: Uesikib gelangt in den Besitz der Serben; 27. Okt.: Einnahme von Nisip durch die Bulgaren und Serben; 28. Okt.: Die Griechen bemächtigen sich der Eisenbahnlinie Saloniki—Konastir; 29. Okt.: Beginn einer großen Schlacht in Tragien zwischen Türken und Bulgaren; 30. Okt.: Die Griechen bemächtigen sich Thakos; 31. Okt.: Niederlage der türkischen Armee in Thrazien. Anknüpfung der Bulgaren vor Rodosto, Einnahme von Zepel durch die Montenegriner, Einnahme von Prizren durch die Serben; 3. Nov.: Einnahme von Prebesa durch die Griechen; 4. Nov.: Die Türken ersuchen um eine Mediation der Mächte; 5. Nov.: Die türkischen Truppen ziehen sich nach Thakalidschala zurück; 6. Nov.: Sturm der Bulgaren auf die Thakalidschalinie; 7. Nov.: Einnahme von Delijunus; 8. Nov.: Einnahme von Saloniki durch die Griechen und Bulgaren; 13. Nov.: Die Türkei verlangt nach Unterhandlungen mit den Balkanstaaten.

Die Beschießung Adrianopels am 3. und 4. Februar

Die Bemühungen der Mächte um den Frieden konnten es nicht verhindern, daß tatsächlich am Montagabend die Feindseligkeiten wieder aufgenommen wurden. Aus Konstantinopel, 4. Februar, wird darüber berichtet: Ein vom Ministerium des Innern ausgegebenes Kommuniqué besagt, daß die Bulgaren gestern um 7 1/2 Uhr abends auf der Ost- und Südseite der Festung von Adrianopel das Artillerie- und Infanteriefeuer, sowie das Bombardement auf die Stadt eröffnet haben. Die türkischen Truppen erwiderten das Feuer. Die Feindseligkeiten haben auch auf der Halbinsel Gallipoli begonnen. Bulgarische Kavallerie griff die türkischen Vorposten an. Es geht das Gerücht, daß heute nachmittags die Feindseligkeiten auch an der Thakalidschalinie begonnen haben.

Weitere Nachrichten melden, 1. daß die Bulgaren einen scheinbaren Rückzug aus der Thakalidschalinie angetreten hätten, um die Türken zu täuschen und sie zum Herausgehen aus ihren Stellungen zu veranlassen; 2. daß Skurtari vor der Uebergabe stehe und daß schon Verhandlungen zwischen dem Kommandanten der Stadt und dem Oberbefehlshaber der serbischen Truppen in Alessio stattgefunden haben; 3. daß Adrianopel wahrscheinlich bis zum nächsten Sonntag fallen wird — so sagen die Bulgaren —, daß Adrianopel noch auf mehrere Wochen hinaus mit Lebensmitteln versorgt ist und daß man an eine Uebergabe vorläufig gar nicht denkt — so sagen die Türken! 4. daß ein Teil von Adrianopel infolge der Beschießung in Flammen steht.

In diplomatischen Kreisen

Ist man noch wie vor der Ansicht, daß die Türkei im Sinne der Kollektivnote der Mächte Adrianopel an Bulgaren abtreten sollte. Nach vorliegenden Nachrichten aus Sofia hat sich die bulgarische Regierung bereit erklärt, in Adrianopel nach seiner Abtretung einen Repräsentanten des Kalifen anzuerkennen und die volle religiöse Autonomie der Mohammedaner zu garantieren. Andererseits ist man aber auch überzeugt, daß die Bulgaren auch auf dem Verhandlungswege den Besitz Adrianopels erreicht haben würden, daß sie aber, von einer mächtigen Kraft unterstützt, jetzt unbedingt den Einzug in Konstantinopel als Ziel anstreben. Daß Russland diese mächtige Kraft ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Daß die Bulgaren nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten schwerere Bedingungen